

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Preis: 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 1.00 Pf. pro Quartal, 3.00 Pf. pro Semester, 6.00 Pf. pro Jahr. Einmalige Anzeigen 50 Pf. pro Zeile, 100 Pf. pro Spalte. Mehrere Anzeigen zu ermäßigtem Preis. Die Anzeigen werden durch den Postboten zugestellt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen nicht verantwortlich.

Nr. 142.

Dienstag, den 21. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Staatsanwalt hat in dem Prozeß gegen den Armenier Teffirian, der den ehemaligen türkischen Großwesir Talat Pascha erschossen Revision eingeleitet.

Von den bei einer Schlagwetterexplosion auf der Höhe Mont Genis bei Herne Verunglückten sind nach einer amtlichen Meldung bis gegen 2 Uhr letzte Nacht 88 Tote und 78 Verwundete, darunter 26 Schwerverletzte, geborgen worden.

Der Hauptauschuß des österreichischen Nationalrates hat einen Antrag angenommen, den Präsidenten der Wiener Polizeidirektion Schöber zum Bundeskanzler zu designieren und ihn mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen.

Der dänische Ministerpräsident Neergaard erklärte in einer Versammlung in Odense, die Regierung könne die Förderung der Industrie auf Erhöhung der Zölle zum Schutze gegen die deutsche Einfuhr nicht erfüllen.

Die Beteiligung der alliierten Staaten an deutschen Industrieunternehmen.

W. W. In der französischen und englischen Presse tauchen immer wieder Meldungen auf, wonach die Garantiekommision eine Beteiligung der alliierten Staaten an den deutschen Industrieunternehmen, insbesondere an den Bergwerken im Ruhrrevier, verlangt. Dieser Gedanke ist ausführlich erörtert in einem Gutachten, das die genannte Kommission den alliierten Kabinetten am 30. Mai übergeben hat. Hier ist eine Gesamtbeteiligung der in der Garantiekommision vertretenen Staaten mit zunächst fünf Milliarden Goldmark vorgesehen. In Deutschland lehnen alle am Wirtschaftsleben beteiligten Kreise diesen Gedanken ab. Die deutsche Industrie hat im letzten Jahre infolge der Entwertung des Geldes einen schweren Kampf gegen alle Ueberrendungsversuche führen müssen. Die meisten Aktiengesellschaften haben zu dem in anderer Beziehung nicht ganz unbedenklichen Mittel der Ausgabe von Vorkaufsaktien mit mehrfacher Stimmrecht gegriffen. Trotzdem hat sich das Eindringen ausländischer Interessenten in deutsche Aktiengesellschaften nicht überall vermeiden lassen. Infolgedessen wurde ziemlich allgemein ein gesetzlicher Schutz gegen etwaige schädlichen Einflüsse des an deutschen Industrieunternehmen beteiligten ausländischen Kapitals gefordert. Alle diese Bemühungen waren aber nutzlos, wenn es der Entente gelänge, ihre Forderungen auf eine allgemeine Beteiligung an der deutschen Industrie durchzudrücken. Die Absichten der Garantiekommision in dieser Beziehung sind noch nicht ganz klar. Vansichtnehmend ist geplant, die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zur Erhöhung ihrer Grundkapitalien um eine bestimmte Quote durch ein besonderes Gesetz zu zwingen und die neugeschaffenen Anteile in die Hände der genannten Kommission zu überführen. Dementsprechend würde die Entente einen weitgehenden Einfluß und Einbild bei den deutschen Industrieunternehmen erlangen. Da unsere ehemaligen Kriegsgegner zugleich unsere stärksten Konkurrenten auf dem Weltmarkt sind, so wäre dieser fremde Einfluß gleichbedeutend mit einer vollkommenen Auslieferung der deutschen Industrie an ihre Konkurrenz. Daß die Garantiekommision ihr besonderes Augenmerk auf die Bergwerke im Ruhrrevier gerichtet hat, liegt ganz im Sinne der französischen Politik, die immer nach neuen Möglichkeiten sucht, um Frankreichs herrschende Stellung am kontinentalen Kohlenmarkt auf Kosten Deutschlands zu erweitern und zu befestigen. Diese Pläne verfolgen das gleiche Ziel wie die beabsichtigte Auslieferung der ober-schlesischen Bergbaureviere an Polen bzw. an das polnisch-französische Kapital. Die ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber derartigen Projekten muß von vornherein mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden.

Zwangsweise Zurückhaltung eines deutschen Diplomaten.

Auf Grund von Originaldokumenten teilt die W. Z. am Mittwoch mit, daß der frühere deutsche Legationssekretär Arnold Holz und sein Dolmetscher Carmelich noch jetzt in Frankreich in Straßburg zurückgehalten werden. Holz war seinerzeit der deutschen Gesandtschaft in Abessinien als Attaché zugeteilt und wurde im April 1917 als amtlicher Kurier mit großem diplomatischen Paß von Addis Abeba nach Berlin gesandt. Bald nach ihrer Ausreise wurden beide durch französische Eingeborenenruppen noch auf neutralem Gebiet in Afrika festgenommen und ins französische Gebiet gebracht. Ihre Gefangennahme ist nach dem bekannt gewordenen Material durchaus zu Unrecht erfolgt. Dennoch wurden sie unter der Anklage, französische Soldaten zur Desertion verführt zu haben, vor ein Kriegsgericht gestellt und dort, sowie einige Monate später vom

Stbigericht wegen Mordversuch aus dem Hinterhalt zum Tode verurteilt. Der Pariser Kassationshof hob jedoch das Urteil auf. Es trat eine neue Verhandlung ein, und in dieser wurden sie zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, die sie nunmehr in Caen verbüßen. Nach der Rückkehr des deutschen Gesandten aus Abessinien legte die deutsche Botschaft in Paris die Beweise für die Kurierereigenschaft der in Haft gehaltenen vor und setzte die Wiederaufnahme des Verfahrens durch. Bei dem schleppenden Gang des französischen Wiederaufnahmeverfahrens wird jedoch sicherlich noch geraume Zeit verfließen, bis die Angelegenheit zum Abschluß gebracht ist. Das Auswärtige Amt hat sich nunmehr verpflichtet gefühlt, beiden notleidenden Gefangenen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Leider ist, wie die W. Z. zu melden weiß, die im Februar angeforderte Geldsumme bis zum 29. Mai, dem Datum des vorliegenden Briefes aus Caen, noch nicht an ihrem Bestimmungsort eingetroffen. Solange sich die deutsche Regierung und ihre auswärtigen Organe nur auf höfliche Hinweise und Bitten beschränken werden, können sie auch in dieser Angelegenheit, die in ihrer großen Rechtswichtigkeit einfach empfindend ist, kaum etwas Positives erreichen. Dr. Mayer dürfte keinen Augenblick Ruhe lassen, die sofortige Freilassung der zurückgehaltenen Herren mit allem Nachdruck zu verlangen. Daß ein solcher Fall überhaupt noch möglich ist, beweist von neuem, daß die Deutschen im Auslande als völlig vogelfrei betrachtet werden.

Beschleunigte Regelung der oberschlesischen Frage? Wichtige Beschlüsse in Paris.

Wie Matti mitteilt, haben Ministerpräsident Briand und Lord Curzon den Beschluß gefaßt, die drei alliierten Kommissare in Opatow mit Nachdruck aufzufordern, nun endlich ihre Berichte für die Grenzfestlegung zu erstaten. Sie sollen sich eintagen, und man habe ihnen sehr ernstlich mit der Entsendung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen. Nach Bertinax im Echo de Paris habe Lord Curzon erklärt, was auch Peltt Partien bestätigt, daß nach der Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberschlesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland erzielten Mehrheit seine Anerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert werden könne. An Stelle General Verons habe Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Heeres stehe, vorgeschlagen. Die im März und April verhängten Zwangsmaßnahmen am Rhein will Curzon aufgehoben haben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehalten will. Nach Journal soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet beschlossen worden sein. Es wird davon gesprochen, daß England dem französischen Standpunkt einige Zugeständnisse machen wolle.

Polnisches Eigentumsrecht in Oberschlesien?

Der diplomatische Berichterstatter der Agence Havas will wissen, daß die Zugeständnisse der englischen Regierung in bezug auf die Teilung des Industriegebietes sich darauf beschränken würden, Polen wohl das Eigentumsrecht zuzuerkennen, dagegen die Ausdeutung des Bezirkes Deutschland zu überlassen. In der wahrscheinlich im Juli stattfindenden Sitzung des Obersten Rates wird außer der Beratung der oberschlesischen Frage auch die Aufhebung der im März in London über Deutschland verhängten Zwangsmaßnahmen angedacht werden.

Steigende Erregung in Oberschlesien.

Die Bildung polnischer Ortswehren. Der Zwölfertausch unterbreitete am Sonntag der Interalliierten Kommission neue Vorschläge. Es wird aber bezweifelt, daß diese Pläne die Billigung Verons finden. Inzwischen ist die Erregung der deutschen Bevölkerung auf einen bedrohlichen Grad gestiegen, besonders seitdem bekannt wurde, daß in den deutschen, von dem Selbstschutz geräumten Ortschaften sich polnische Ortswehren bilden.

Die Säuberung in Oberschlesien.

Aus Opatow wird gemeldet: Die Säuberungsaktion im Industriegebiet hat die Städte Kattowitz, Königshütte und Beuthen von den Insurgenten, die die Vorstädte seit vier Wochen unter den Augen der Franzosen besetzt hielten und den Lebensmittelverkehr abgeschnitten hatten, befreit. Myslowitz, wo Sonntag noch die Polen waren, ist in der Nacht zum Sonntag von den Insurgenten verlassen worden. Die polnische Grenze ist für die zurückkehrenden Aufständischen wieder geöffnet.

Freilassung des Abgeordneten Blas.

Der Reichstagsabgeordnete Blas, der vor einiger Zeit von den polnischen Insurgenten festgenommen und verschleppt worden war, ist auf die energischen Vorstellungen des Vertreters der deutschen Regierung bei der Interalliierten Kommission am 18. Juni früh wieder freigelassen worden.

Rein Optimismus in Berlin.

Die optimistische Stimmung, auf die man hier und da anlässlich der Unterredung Lloyd Georges mit Briand stößt, wird in den Berliner politischen Kreisen nicht geteilt. Es liegt kein Anlaß vor, das, was über die Erklärungen Lord Curzons berichtet wurde, als so ganz sicher anzunehmen. Der Standpunkt, an dem deutschseits festgehalten werden muß, ist die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Deutscher Reichstag.

Das Ende der Debatte über den Fall Garsia. Am gestrigen Montag wurde im Reichstage die Debatte über die Garsia-Interpellation beendet. Abg. Bazille (Antl.): Die Interpellation beschäftigt sich mit einer Angelegenheit, deren Aufklärung allein Sache der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, nicht aber Sache des Reichstages ist. Der Redner verwahrt sich und die bairische Regierung gegen den Vorwurf reaktionärer Gesinnung. Wir wissen, daß der Staat der Zukunft nur der soziale sein kann. Wir vertreten die wahre Demokratie. (Lachen links.) Wie können sich die Unabhängigen als Gralshüter der Verfassung aufspielen, sie, die Hochverräter des 9. November? (Lachen links.) Adolf Hoffmann (Rom.) ruft: Das ist ja der reine Heiterkeitsbazillus! (Heiterkeit.) — Am vielen Stellen erkennt man den Narren. Die Interpellation dient nur parteipolitischen Zwecken. Der Reichskanzler hätte die Pflicht gehabt, die Verdächtigungen in der Interpellation zurückzuweisen, statt dessen hat er eine so tiefe Verbeugung vor der äußersten Linken gemacht, daß er nach hinten auswich und die Rechte mit unberechtigten Angriffen traf. (Heiterkeit.) Die Zukunft unseres Volkes unter der Führung dieses Reichskanzlers kann man nur düster ansehen. (Beifall rechts, Gelächter links.) Abg. v. Schoch (D. Sp.): Mir ist die heitere Stimmung der Linken nicht recht verständlich bei einer so ernsten Sache. (Sehr wahr! rechts.) Wir rücken ab von einer politischen Angriffswelle, die zum Faustrecht führt. Wir beurteilen die in Bayern aufgekommene Methode, politischen Gegnern nach Versammlungen aufzulauern. Ihre Presse (nach links) verherrlicht S. B. als Nationalhelden. (Widerspruch bei den U. Sozialisten, Abg. Wittwack ruft: Wägen Sie doch nicht so! Er wird deswegen vom Präsidenten über die zur Ordnung gerufen. Abg. Debsbour ruft: Wie können Sie unsere Presse so falsch verdächtigen!) Die Mehrheit des bairischen Volkes steht hinter der Regierung Sachs.

Abg. Heile (Dem.):

Die Beratung der Interpellation im Reichstag ist in ihrer bisherigen Form dem Verhältnis Bayerns zum Reich kaum förderlich gewesen. Wir müssen in dieser Frage weise Vorsicht walten lassen, wie sie auch der Reichskanzler gefordert hat. Der in Nacht und Nebel verübte selbe Mord ist nicht aufgeklärt. Da geziemt sich Zurückhaltung und Zurückhalten. Wenn Vorwärts, Freiheit und Männer von Post es so hinstellen, als sei festgestellt, daß der Mord von reaktionärer Seite verübt worden sei, so ist das eine Sünde wider die Gerechtigkeit. (Sehr richtig bei den Demokraten und rechts.) Weil auch die Arbeiterklasse eingeschlossen hat, daß kein Beweis für den Veracht eines politischen Wortes vorliegt, darum ist der Generalstreik nicht eine Gehässigkeit gegen rechts sehen. (Rufe rechts: Na, na; hätte er doch geredet wie Sie.) In Bayern ist das Verlangen des Volkes nach Ruhe und Ordnung sehr verständlich, denn hier war die Revolution volkstümlicher und unwürdiger als anderswo. (Beifall rechts und in der Mitte.) Die Unterschiede zwischen Volksgewissen, U. S. P. und M. S. P. waren während der Rätekerrschaft schwer zu machen. Die überhöhte Stimmung und Neigung zu Gewalttätigkeiten ist auch in München bis auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. Der Geist des Volksbeobachters ist durchaus unbairisch. Wir erstreben die Versöhnung. Was hat die Partei des Herrn Bazille für diese Versöhnung getan? Sie hat den wüsten Madau, Antisemitismus gefördert. (Sehr wahr! links.) Sie hat nichts getan gegen die pöbelhaften wüsten Beschimpfungen der Reichsregierung, die tatsächlich zur Gefährdung des Reiches beitragen. (Sehr wahr! links.) Der mährische Generalstreik ist ein Anschlag gegen die Volkswelt der anderen, gegen die staatliche Ordnung. Dadurch wird der Abbau des Ausnahmezustandes nicht gefördert, den auch wir erstreben. Wir wollen Sühne, aber wir wollen darüber hinaus Versöhnung. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Kemmele (Rom.): Auf Bayern machen diese Reichstagsverhandlungen gar keinen Eindruck. Der Parlamentarismus ist hundertrot. Auf die Nordbuben der Reaktion macht man Eindruck nicht mit Reden, sondern nur mit der realen Macht, die die Arbeiterklasse besitzt. (Die Abgeordneten der Rechten haben sich während dieser Rede ausnahmslos aus dem Saal entfernt.) Abg. Pfeiffer (Bentr.): Meine Partei bedauert aufs tiefste den furchtbaren Mord an dem Abg. Garsia. Wir hoffen, daß der Täter bald seiner Strafe zugeführt werden kann. Bisher ist noch kein Beweis dafür erbracht, daß nationale militärische Kreise den Mord verschuldet haben. Ebensoviele wie Berlin das Reich ist, ist München das bairische Land. Die Judenbege, verbunden mit